Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Achtundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 752.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 26. Oktober.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1881.

Am Tage vor der Wahlschlacht.

Morgen werden alle deutschen Männer, welche das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben, an die Wahlurne treten und in **geheimer** Abstimmung die Abgeordneten zum Reichstag wählen. Jedermann, der Höchste wie der Niedrigste, der Aermste wie der Reichste, hat dasselbe Recht. Jeder, ohne Unterschied des Ranges und des Vermögens, ist daher auch verantwortlich für das, was in Deutschland in unseren inneren Verhältnissen sich entwickeln wird.

Es gilt jetzt, sich zu entscheiden. Wer da denkt, auf seine Stimme komme es nicht an, und deshalb den Gang zur Wahlurne scheut, der verletzt seine Pflicht gegen das Vaterland.

Der Worte sind genug gewechselt — jetzt heißt es: Handle nach der Stimme Deines Gewissens und nach Deiner innersten Ueberzeugung.

Der deutsche Wähler soll entscheiden: **ob die Reaktion das Heft ganz in die Hand bekommen soll oder nicht.** Entweder — oder; da giebts kein Vertuschen und kein Ausweichen.

Wenige Stunden soll der Wähler am 27. Oktober dem Vaterlande opfern. Wer auch dieses kleine Opfer nicht bringen will, der verdient nicht, der Bürger eines großen, freien Staats zu sein, der mag nachher, wenn es zu spät ist und durch seine eigene Schuld die Dinge nicht so gehen, wie er will, nicht stöhnen und klagen. **Denn jetzt hat er sein Schicksal selbst in der Hand!**

Also auf, Ihr deutschen Männer, denen die Zukunft Eurer Kinder und die Freiheit Eures Vaterlandes am Herzen liegt, zur Wahlurne!

Und nicht begnügen sollt Ihr Euch damit, Eure Stimmen abzugeben, sondern Ihr sollt diejenigen Eurer Freunde, welche gleichgiltig und lässig sind, ermahnen und anfeuern, daß auch sie ihrer Pflicht gegen die Sache des Vaterlandes und der Freiheit genügen!

Jede Stimme, wo sie auch abgegeben werden mag, zählt mit. Sie wird ins Gewicht fallen bei der Entscheidung: **ob herauf oder herunter!**

Amtliches.

Berlin, 25. Okt. Der König hat den Regierungsrath v. Düring zum Amtshauptmann ernannt, sowie den Kreisphysikus Dr. med. Moorß zu Hagen den Charakter als Sanitätsrath verliehen.

Der Kustos bei der königlichen Bibliothek in Berlin Dr. v. Belle ist zum Bibliothekar bei derselben ernannt worden. Beim Friedrich-Wilhelms-Gymnasium in Berlin ist der ordentliche Lehrer Dr. Wagner zum Oberlehrer befördert worden.

Dem Amtshauptmann v. Düring ist das Amt Münden übertragen worden.

Dem Kreisthierarzt Dr. Fiedeler zu Waldenburg ist, unter Entbindung von seinem gegenwärtigen Amte, die Verwaltung der Kreis-Thierarztstelle des Kreises Cosel übertragen worden.

Der ständige Hülfsarbeiter Böhme ist als expedirender Sekretär und Kalkulator bei dem kaiserlichen statistischen Amt angestellt worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 26. Oktober.

Am Sonntag hat Herr v. Forckenbeck vor den Wählern in Eisleben gesprochen. Er hatte sich dabei gegen taktlose persönliche Angriffe des Grafen Limburg-Stirum zu vertheidigen und that dies in schlagender Weise, ohne im Geringsten in denselben Ton wie sein Gegner zu verfallen. Bei dieser Gelegenheit äußerte sich Herr v. Forckenbeck auch über die Verhandlungen des Reichskanzlers mit Herrn v. Bennigsen wegen dessen Eintritt in die Regierung und that dar, daß das Scheitern jener Ministerkombinationen auf seine und seiner Gesinnungsgenossen politische Haltung nicht den mindesten Einfluß geübt habe. Mit Bezug auf die Geschichte jener Verhandlungen sagte der Redner:

„Ueber die Verhandlungen, welche mit Herrn von Bennigsen Ende November 1877 über seinen Eintritt in das Ministerium gepflogen worden sind, muß ich mir ja so lange Reserve auferlegen, bis Herr v. Bennigsen selbst gesprochen hat, aber das Folgende glaube ich doch sagen zu dürfen. Als mit Herrn v. Bennigsen von Seiten des Kanzlers — denn der Kanzler hat diese Verhandlungen eingeleitet — die Verhandlungen über seinen Eintritt in das Ministerium eröffnet wurden, befand ich mich in Breslau und bin nun auf wiederholte Aufforderung eines Freundes nach Berlin gekommen. Die Verhandlungen wurden nicht im Kreise der Partei, sondern nur unter ganz wenigen Freunden, fünf bis sechs, geführt. Alle erkannten es als eine höchst bedenkliche Frage an, ob es bei den damaligen Strömungen, die im Volke und die oben herrschten, überhaupt zum Heile des Vaterlandes gereichen könne, wenn in das Ministerium von der damaligen Gestaltung Männer unserer Partei einträten, und ob ein derartiges Ministerium zum Heile des Vaterlandes die Aufgaben, die gestellt wurden, lösen könne. Aber wir sagten uns: wenn die Verhandlungen eröffnet sind, so ist es die Pflicht, wird nun ernste Pflicht politischer Männer, diese Verhandlungen zu führen und zu sehen, ob sie zu einem glücklichen Resultate gelangen können, und bei diesen Verhandlungen war es Herr v. Bennigsen selbst, der von Anfang an und ausdrücklich erklärt, daß er ohne zwei politische Freunde nicht in das Ministerium eintreten wolle. Er selbst, meine Herren, hat dieses von Anfang bis zum Schluß der Verhandlungen festgehalten, und ich glaube, die Geschichte wird ihm das Anerkenntniß nicht versagen, daß er in dieser Art und Weise seinen Einblick, seine Voraussicht als Staatsmann bewährt hat, und, meine Herren, wenn ich Ihnen das sage, so bitte ich, damit die Ausdrücke zu vergleichen, die Herr Graf Limburg-Stirum gebraucht hat. Er sagt: „Die oppositionelle Stellung findet ihren wesentlichsten Grund darin, daß es ihnen mißlungen ist, seiner Zeit als Partei in die Regierung einzutreten."

Ich sage Ihnen, meine Herren, Herr von Bennigsen hat von Anfang an aus freier Initiative seinen festen Willen, ohne zwei Freunde nicht in das Ministerium einzutreten, bekundet, er ist bis zum Schluß der Verhandlungen diesem seinem Vorsatze treu geblieben. Meine Herren! Hat er darin recht gehabt? Vergleichen Sie doch und denken Sie an das Schicksal des Ministers Hobrecht, der dann als Finanzminister eintrat und nach 9 oder 10 Monaten, nachdem er mit seinen Vorsätzen gescheitert war, wiederum aus dem Ministerium austreten mußte. Meine Herren! Bei dieser Gelegenheit kann ich mit meinem Freunde Stauffenberg auch das als wahr bestätigen, daß Herr von Bennigsen glaubte, die Verhandlungen schwebten noch, bis die bekannte Sitzung (Februar 1878) stattfand, in welcher der Reichskanzler zum ersten mal das Tabaksmonopol als sein Ideal erklärte. Ich erinnere mich ganz deutlich. Ich präsidirte in dieser Sitzung, und als diese Vorgänge und Reden vorüber waren, kam Herr von Bennigsen zu mir zum Präsidentenstuhl mit folgenden Worten: „Forckenbeck, für das Tabaksmonopol können wir doch nicht mitgehen und wirken. Wenn Sie einverstanden sind, dann gehe ich jetzt unmittelbar zum Herrn Reichskanzler hin und sage, daß er auf uns nicht mehr zu rechnen habe." Ich sagte ihm, ich wäre damit vollständig einverstanden, er ging hin, und nach einer Stunde erzählte er mir, daß mit dem Reichskanzler die Verhandlungen abgebrochen seien. Das kann ich der Wahrheit gemäß hier bestätigen."

Sehr beherzigenswerth auch für die hiesigen, posener Verhältnisse ist was Herr v. Forckenbeck über die neuerdings von konservativer Seite ausgegebene Parole vom Zusammengehen der „gemäßigt Liberalen" mit den „gemäßigt Konservativen" sagte. Die betreffende Stelle der Rede, welche auch hier noch Manchem die Augen öffnen kann, lautet:

„Es ist ja bekannt, daß beim Anfang dieser Wahlbewegung von allen konservativen Zeitungen gepredigt und ausgesprochen wurde, jetzt solle mit vereinten Kräften der Einfluß des Liberalismus überhaupt für alle Zukunft vernichtet werden. Im Laufe der Wahlbewegung hat sich jetzt durch den Widerstand, welchen dies Programm aller Orten findet, gezeigt, daß man doch den Liberalismus, das Bürgerthum in Stadt und Land nicht so ohne Weiteres todt machen kann, sondern daß das ein Faktor ist, den man in jeder Beziehung in Betracht ziehen muß. Jetzt wird die Sache geändert. Während in Danzig die Klerikalen und Konservativen Wahlbündnisse für die verschiedenen Wahlkreise machen, wird hier auf einmal auszuführen versucht, daß zwischen gemäßigt Liberalen und gemäßigt Konservativen eigentlich gar kein Unterschied sei, daß aber zwischen Herrn von Bennigsen und meinen Freunden und mir eine tiefe Kluft bestehe. Mit den gemäßigten Liberalen könne man sich schon abfinden, aber was unsereinen anlange, so sei die Kluft zwischen Herrn von Bennigsen und mir so groß, daß das gar nicht ginge.

Ja, meine Herren, wie spricht denn die Vergangenheit? Das entscheidendste Votum, welches im Reichstage abgegeben worden ist, ist das Votum gegen die neue Zollgesetzgebung. Wer hat auf der einen Seite gestanden und wer auf der anderen Seite? Auf der einen Seite sämmtliche Liberale, auch Herr von Bennigsen, und auf der anderen Seite sämmtliche Konservative und sämmtliche Klerikale. Das ist das Votum, welches für unsere spätere Entwickelung entscheidend geworden ist. Wie ist ferner bei der Frage, ob den Arbeitern bei der Unfallversicherung Staatshilfe gewährt werden sollte u. s. w., gestimmt worden? — Alle Liberale stimmten wiederum zusammen, und auf der anderen Seite stimmte bei dieser wesentlichen Frage wiederum wenigstens ein Theil der Konservativen zusammen, allerdings mit den Sozialdemokraten. Und wiederum, m. H., wenn Sie die jetzige Wahlbewegung ansehen, wer sagt: Kein Tabaksmonopol! und wer sagt: Ja, unter Umständen nehmen wir das Tabaksmonopol!? — Auf der einen Seite sämmtliche Liberale, auf der anderen Seite wieder sämmtliche Konservative, wenigstens so weit ich es habe verfolgen können.

Also, m. H., ich sage, zwischen den Liberalen existiren nur höchst geringe Differenzen, und wir werden uns bemühen, sie auszugleichen, aber zwischen Liberalen und Konservativen, soweit es erkennbar ist, existirt eine so tiefe Kluft, daß ich nicht begreife, wie mein Herr Gegner jetzt auf einmal davon sprechen kann, daß gemäßigt Liberale und gemäßigt Konservative eigentlich ganz dieselben Leute seien, und daß dieselben gar keine Veranlassung hätten, irgendwie mit einander in Konflikt zu kommen."

Die „Post" hat immer noch Beklemmungen über die Aussichten des Herrn Stöcker im zweiten Berliner Wahlkreise Ausdruck zu geben. Sie schreibt:

Wir hören von vielen Seiten, daß die hochgebildeten Elemente des Wahlkreises aller erhaltenden Parteien, also Nationalliberale, Freikonservative, Altkonservative, selbst langjährige thätige Anhänger der letzteren Partei sich der Stimmabgabe enthalten wollen aus Antipathie gegen Herrn Stöcker.

Dies veranlaßt die „Post" zu beweglichen Mahnungen:

Bei der Kandidatur Stöcker sind die angesehensten Elemente aller zur Regierung stehenden Parteien des Wahlkreises nicht befragt worden, obgleich diese Elemente in diesem Wahlkreise auch der Zahl nach eine ansehnliche Schaar bilden, eine Schaar, ohne deren Hülfe der Sieg nicht zu gewinnen ist. Herr Stöcker ist einfach von den Besuchern seiner Versammlungen zum Kandidaten ausgerufen worden. Allein diese Kandidatur ist einmal da, eine große Zahl der Stimmen wird derselben am Wahltage zufallen; es sind auch keine Versuche gemacht worden, eine alle konservative Elemente vereinigende Kandidatur aufzufinden. Diese Sachlage mag für manchen Ehrenmann eine peinliche sein. Aber hier gilt es, dem Hauptzweck alle Rücksichten unterordnen.

Die „Nat. Ztg." bemerkt hierzu:

„Es ist eine Unwahrheit und eine Anmaßung, Herrn Stöcker als Kandidat aller nicht fortschrittlichen Parteien hinstellen zu wollen. Tausende, die wie wir, sich nicht zum Fortschritt rechnen, die große Anzahl von Wählern, die z. B. im Jahre 1877 der Name des Herrn v. Forckenbeck um sich versammelte, fühlen sich als entschiedene und entschlossene Gegner des Herrn Stöcker. Wenn schon zahlreiche Altkonservative sich nach dem Zeugniß der „Post" scheuen, Herrn Stöcker ihre Stimmen zu geben, so wird sicher kein Mitglied der nationalliberalen Partei durch Abstimmung oder Wahlenthaltung einen solchen Kandidaten zum Siege fördern wollen; wer auch nur einen Tropfen liberalen Blutes in sich hat, wird sich vielmehr mit Entschiedenheit gegen Herrn Stöcker wenden. Die wahrhaft konservativen, staatserhaltenden Elemente des Wahlbezirks machen wir darauf aufmerksam, daß sie durch ein Eintreten für Herrn Stöcker auch den Mitteln, mit welchen die Agitation für diesen Kandidaten geführt wurde, dem Freitheater und Freikonzerten, ihre Billigung ertheilen würden. Zu welchen Konsequenzen könnte es führen, wenn der Erfolg ein solches Beginnen in einer Periode des allgemeinen Stimmrechtes in einer großen und vergnügungslustigen Stadt wie Berlin krönen sollte? Gingen wir damit nicht zäsaristischen, bonapartistischen Zuständen ganz direkt entgegen. Ja befanden wir uns nicht mitten in solchen?" — Die „Post" führt ferner für Herrn Stöcker an, daß derselbe „wenigstens ein muthiger und ergebener Soldat im parlamentarischen Heere des Reichskanzlers sein könne." Das parlamentarische Heer des Reichskanzlers, das ist deutlich. Die diesmalige Wahlbewegung — schreibt die „Post", um im Bilde zu bleiben, weiter — habe noch eigentlich den Charakter einer Probe-Mobilmachung, sie leide noch an der Schwäche, „daß die Anschauungen der nationalen Reform noch so wenig ausgebildet, noch so vielfach verquickt mit unreifen, zum Theil reaktionäre Velleitäten auftreten mußten. Es handelt sich nicht um den Kampf für diese Velleitäten, sondern darum, dem Reichskanzler die parlamentarischen Kräfte zur Verfügung zu stellen, aus denen er die große Partei der nationalen Reform mit Hülfe einzelner befähigter Köpfe bilden kann." Mit Hülfe einzelner befähigter Köpfe! Sollte es im Interesse der militärischen Disziplin nicht vielmehr darauf hinausgehen, Alles dem einen befähigten Kopfe des Reichskanzlers zu überlassen?

Der „Reichsanzeiger" publizirt folgende, bereits telegraphisch erwähnte Bekanntmachung auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878:

Auf Grund des § 28 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 (Reichsgesetzblatt p. 351) wird mit Genehmigung des Bundesraths für die Dauer Eines Jahres angeordnet, was folgt:

§ 1. Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist, kann der Aufenthalt in dem den Stadtkreis Altona,
die Kirchspielvogteibezirke Blankenese und Pinneberg und die Städte Pinneberg und Wedel des Kreises Pinneberg,
die Kirchspielvogteibezirke Reinbeck und Bargteheide, die gutsobrigkeitlichen Bezirke Ahrensburg, Tangstedt, Hoisbüttel Wellingsbüttel, Wulksfelde und Silk, sowie die Stadt Wandsbeck des Kreises Stormarn,
die Landvogteibezirke Schwarzenbeck und Lauenburg, die gutsobrigkeitlichen Bezirke Basthorst, Lanken, Wotersen, Müssen, Güllzow und Daldorf, die Stadt Lauenburg des Kreises Herzogthum Lauenburg,
die Stadt und das Amt Lauenburg,
umfassenden Bezirke von der Landespolizeibehörde versagt werden.

§ 2. Vorstehende Anordnung tritt mit dem 29. Oktober d. J. in Kraft.

Berlin, den 25. Oktober 1881.

Königliches Staats-Ministerium.
von Puttkamer. G. von Kameke.
Maybach. Bitter. Lucius. Friedberg.
von Boetticher. von Goßler.

Im bairischen Landtag hat, wie der „Tribüne" aus München geschrieben wird, der Sturm gegen das Ministerium Lutz von Seite der ultramontanen Abgeordneten bereits begonnen, und zwar gemeinsam von den Extremen und den „Gemäßigten" durch einen gegen die Simultanschule gerichteten Antrag, welcher verlangt, daß die Verordnung vom 29. August 1873, welche bei Feststellung der Schulsprengel statt des Pfarrverbandes den politischen Gemeindeverband entscheidend erklärt, aufgehoben werde. Eigenthümlich ist es, daß die Ultramontanen, die sonst so wenig vom Reich und seinen Einrichtungen wissen wollen, sich hier, weil es ihnen nützlich ist, auf Reichsinstitutionen längst vergangener Zeiten berufen. Die Motive des Antrags führen aus, daß der westfälische Friedensvertrag die konfessionelle Schule als ein Annexum der freien Religionsübung erklärt und nicht blos den ungestörten Bestand der konfessionellen Schulen gewährleistet, sondern auch das Recht auf den Besuch einer benachbarten Konfessionsschule anerkannt habe, daß die bairische Verfassungsurkunde und verschiedene Verordnungen aus den Jahren 1803, 1809, 1815 und 1817 dies bestätigt und zur Aufrechthaltung des konfessionellen Charakters der Schule den Pfarrverband für maßgebend bei Bildung der Schulsprengel bestimmt haben. Dieses Recht sei durch die Verordnung vom 29. August 1873 gebrochen, hierdurch die christliche Erziehung und der Religionsunterricht schwer geschädigt, weil

die Kinder gezwungen werden könnten, die Schule einer anderen Konfession oder gar eine Simultanschule zu besuchen; der durch den westfälischen Frieden sanktionirte, durch die Verfassung gewährleistete Rechtszustand müsse wieder hergestellt und so der konfessionelle Friede wieder gewahrt werden.

Es wird behauptet, daß die wiener Begegnung der Vermittlung des Königs von Sachsen zuzuschreiben sei; andererseits und mit größerer Wahrscheinlichkeit wird versichert, daß für die schließliche Entscheidung König Humbert's der in Berlin eingeholte Rath und die Ermunterung des deutschen Kronprinzen maßgebend war. Diesen letzteren Punkt rückt die „N. Fr. Pr.“ in den Vordergrund, indem sie schreibt:

Es dünkt uns wichtig und bezeichnend, daß die Reise König Humbert's unter der Einwirkung Deutschlands — man sagt, auf persönlichen Wunsch des deutschen Kronprinzen — zu Stande gekommen. Die neueste „Opinione“ versichert, im Ministerrathe selbst habe der Plan Gegner gefunden, und wir glauben dies, weil die Stimmungen einzelner Mitglieder des italienischen Kabinets nur zu wohl bekannt sind. Vielleicht bedurfte es fremden Einflusses, der mächtigen Stimme des deutschen Thronfolgers, um den Widerstand in der Umgebung des König Humbert zu besiegen. Jedenfalls war der Rath, der aus Berlin kam, entscheidend für den Entschluß des italienischen Monarchen, und die Begegnung der nächsten Woche, die für Oesterreich und Italien gleich erfreulich ist, darf als das Werk Deutschlands bezeichnet werden.

Wenn es in hohem Grade wahrscheinlich ist, sagt die „Tribüne“, daß die Wiener Begegnung nicht ohne die Mitwissenschaft und Mitwirkung der maßgebenden deutschen Kreise vorbereitet worden ist, so erscheint die Annahme, daß durch diesen Vorgang das deutsch-österreichische Bündniß gelockert werden könnte, doppelt widersinnig. Vielmehr kommt die Annäherung Italiens an Oesterreich ganz von selbst auch Deutschland zu Gute, wenngleich von einem förmlichen Beitritte Italiens zum deutsch-österreichischen Bündniß vorläufig wohl ebensowenig die Rede sein kann, wie von einem Beitritte Rußlands trotz der Danziger Zusammenkunft.

Bemerkenswerth ist, daß die französische Presse, namentlich so weit sie der Regierung nahe steht, sich zur Zeit noch sehr reservirt zur Wiener Begegnung verhält. Nur einige ausgesprochen chauvinistische Blätter, wie der „Soleil“, der „Figaro“ u. s. w., sprechen sich unmuthig aus und meinen, Italien könne bei einer solchen Schwenkung gar nichts gewinnen, wohl aber seines Anspruches auf die noch „unerlösten Provinzen“ verlustig gehen. Die Warnung kommt ein wenig trop tard. Italien bringt kein Opfer, indem es Provinzen aufgiebt, die es garnicht besitzt und nie erlangen wird, so lange Oesterreich mit Deutschland verbündet bleibt. Es gewinnt aber an Ansehen und Widerstandskraft, indem es aus der Isolirung heraustritt, in die es durch die völlig unfruchtbare Freundschaft mit Frankreich gerathen war.

„Anläßlich der Anwesenheit Ihrer Majestäten des Königs und der Königin von Italien“ schreibt die „W. Allg. Ztg.“:

Königin Margherita betritt nicht zum ersten Male den Boden unserer Stadt; die Wiener hatten bereits früher einmal Gelegenheit, diese Fürstin, von deren Schönheit und Liebenswürdigkeit ihnen auch vorher schon reichliche Kunde gekommen, kennen zu lernen. Mit einem edlen, menschenfreundlichen Herzen, weiblicher Gemüthstiefe und Anmuth verbindet Königin Margherita einen wahrhaft männlichen Geist, und wenn sie sich auch jeder direkten Einflußnahme in Fragen der Politik enthält, so will man doch die indirekte des Oefteren schon, und nicht zum Nachtheile der von ihr vertretenen Sache bemerkt haben. Proben ihrer muthigen Entschlossenheit, welche den Reiz ihrer Weiblichkeit keineswegs zu beeinträchtigen, ja noch zu erhöhen geeignet sind, hat Königin Margherita wiederholt abgegeben. Wir erinnern nur an ihre Haltung während des Attentats auf König Humbert, als sie, den verbrecherischen Anschlag zuerst gewahrend, dem ihr im Wagen gegenüber sitzenden Cairoli zurief: „Schützen Sie den König!“ und dann an die Episode aus ihrer Reise nach Sicilien. Der Kapitain der königlichen Yacht zögerte des hohen Seeganges wegen auszulaufen und wandte sich nochmals an die Königin, die ihm nun einen Zettel mit den Worten: „Sempre avanti Savoja“ übersandte, und damit anzeigte, daß das Bischen Sturm sie keineswegs beängstige . . . Auch König Humbert kommt nicht zum ersten Male nach Wien; er befand sich — damals noch Kronprinz — unter den fremden Prinzen, welche im Jahre 1875 an der Leichenfeier für Kaiser Ferdinand theilnahmen. Königin Margherita, deren Mutter bekanntlich eine sächsische Prinzessin war, ist der deutschen Sprache vollkommen mächtig.

Das Gefolge des Königs auf der Reise nach Wien besteht, nach einer uns telegraphisch zugegangenen Nachricht aus Rom vom 24. d., aus folgenden Personen:

dem General Sonnaz, dem Flügeladjutanten Kontre-Admiral Martin Francklin, dem Obersten Casati und dem Fregattenkapitän Brocchetti; das Gefolge der Königin bilden die Ehrendamen Marquise Villamarina Montereno, die Hofdame Fürstin Strongoli, der Ehrenkavalier Marquis Villamarina, der Zeremonienmeister Kommandeur Dini und Graf Seyssel d'Aix. Den Ministerpräsidenten Depretis begleiten die Sekretäre im Ministerium des Innern Bertarelli und Cighiera; in der Begleitung des Ministers des Auswärtigen Mancini befinden sich der italienische Gesandte in Belgrad, Chevalier de Tosi, der Kabinetschef Bianchi de Lavagna und der Sekretär Danieli. Die Minister Depretis und Mancini treten die Reise am Abend des 25. d. M. von Monza aus an.

Alle Vermuthungen, wonach der König von Italien in den nächsten Tagen auch Berlin besuchen würde und daß mit dieser Eventualität die angeblich beschleunigte Rückkehr unseres Kaisers in Verbindung stehe, halten wir, sagt die „N. Pr. Ztg.“, für unbegründet. Nach unseren Nachrichten ist es nie die Absicht des Königs von Italien gewesen, über Wien hinauszugehen, und ein Besuch desselben in Berlin ist auch nicht nöthig, um die guten Beziehungen zwischen den beiden Monarchen festzustellen. Daß ein gutes Verhältniß des Königs von Italien zum Kaiser von Oesterreich im Sinne der deutschen Friedenspolitik liegt und uns in jeder Beziehung nur erwünscht sein kann gewissermaßen als Erweiterung des Bandes, welches Oesterreich und Deutschland verknüpft, liegt zu sehr auf der Hand, als daß es noch einer Versicherung bedürfte.

Das Interim Szlavy-Kallay im Ministerium des Aeußern wird der „Neuen Freien Presse“ zufolge gleichzeitig mit dem Abschlusse der Delegations-Session sein Ende erreichen. Unmittelbar nach der Delegations-Session soll die Ernennung des neuen Ministers des Auswärtigen erfolgen. Nach den Informationen des genannten Blattes wäre ernstlich bisher nur der Botschafter in Petersburg, Graf Kalnoky, in Betracht gekommen, und als Beweis dafür wird in politischen Zirkeln Folgendes erzählt:

Als Graf Kalnoky noch Gesandter im Haag war, wurden seine Berichte über die dortigen Zustände dem Kaiser vorgelegt, der auf einen derselben eigenhändig die Bemerkung schrieb: „Der Autor der Berichte erscheine besonders begabt und könnte eventuell auch auf einem wichtigeren Posten Verwendung finden.“ Bald darauf reichte Baron Langenau seine Demission ein, und Graf Andrassy beeilte sich, Kalnoky für den Petersburger Botschafterposten vorzuschlagen. Graf Kalnoky dürfte während der Session der Delegationen die Berufung nach Wien erhalten, wo dann die definitive Entscheidung fallen dürfte. Graf Kalnoky zählt gegenwärtig 49 Jahre, ist Malteser-Ritter, unverheirathet und war mit dem verstorbenen Grafen Johann Waldstein, welcher der ungarischen Aristokratie angehörte, verschwägert; auch ist er Generalmajor außer Dienst. Ueber Kalnoky's Auffassung der inneren Politik ist nur so viel sicher, daß er der Verfassungspartei nicht angehört. Indessen glaubt man, daß er sich wenigstens in der ersten Zeit den inneren Fragen gegenüber passiv verhalten werde.

Am 20. d. hat sich in Paris eine Geschichte zugetragen, die von pariser Blättern als „Vermischte Nachricht“ behandelt wird. Ein Arbeiter aus Reims, Emil Florian, ist nach Paris gekommen — um Gambetta zu tödten, weil dieser an der Verlängerung der Arbeitseinstellungen schuld sei. Nachdem er sich mehrere Tage lang bei der Villa, die Gambetta in Ville d'Aray bewohnt, herumgetrieben hatte, ohne ihn zu Gesicht zu bekommen, wollte er wenigstens nicht ganz unverrichteter Dinge heimkehren. Daher beschloß er, an Stelle Gambettas einen „dekorirten Herrn“ zu ermorden. Einem solchen begegnete er denn auch sehr bald in der Avenue de Neuilly und feuerte mit den Worten: „Tyrann, ich bin der Gerichtsvollzieher des Volkes!“ einen Schuß auf ihn ab, der glücklicherweise fehlging. Florian wollte sich dann selbst durch einen Schuß in den Mund tödten, verletzte sich aber nur an der Wange. Verhaftet, erzählte er dem Polizei-Kommissar, welche Absicht er gehabt habe. Von der Polizei ist zunächst ein Gerichtsarzt, Dr. Legrand du Saulle, mit der Beobachtung des Geisteszustandes Florian's beauftragt worden.

Briefe und Zeitungsberichte.

© · **Berlin,** 25. Oktober. Man ist noch im Zweifel darüber, ob das anfängliche Verbot der feierlichen Einholung der Leiche des früheren Fürstbischofs von Breslau durch den dortigen Polizeipräsidenten auf eine Anordnung des Ministers des Innern zurückzuführen oder allein den Lokalbehörden zuzuschreiben ist. Der Polizeipräsident von Uslar-Gleichen ist in der ersten Zeit des kirchenpolitischen Kampfes der Beschuldigung lebhafter Sympathien für manche ultramontane Institute, u. A. einige in Breslau früher von Lehrschwestern geleiteten Mädchenschulen, ausgesetzt gewesen, und der Oberpräsident von Seydewitz ist konservativer, für die Stichwahl auf die klerikalen Stimmen angewiesener Reichstagskandidat; man könnte sich daher allenfalls denken, daß beide Herren gerade aus der Besorgniß, der Sympathie mit dem Ultramontanismus bezichtigt zu werden, zurückhaltender gegenüber den Wünschen des Domkapitels gewesen wären, als es hier, innerhalb der Zentralregierung, für nothwendig erachtet wurde. Der innerhalb kurzer Frist hervorgetretene Gegensatz zwischen zwei Entscheidungen des Kaisers scheint aber doch die verbreitete Annahme zu bestätigen, daß ein Gegensatz der Auffassung auch zwischen dem Minister des Innern und dem Kanzler vorhanden war. Uebrigens macht sich auch auf liberaler Seite nur ganz vereinzelt Widerspruch gegen die zuletzt ergangene Entscheidung geltend. Die Betheiligung von Tausenden katholischer Bürger hätte sich doch in keinem Falle verhindern lassen; der ganze Unterschied zwischen der Gestattung und dem Verbot einer „feierlichen Einholung“ wäre also darauf herausgekommen, daß der Zug mehr oder weniger geordnet gewesen wäre. Unter solchen Umständen kann man es nur billigen, daß kein Vorwand zu Klagen über Kleinlichkeit des Verfahrens gegeben worden. Das Faktum, daß der ehemalige Bischof nur todt in die Stadt zurückkehren konnte, von welcher aus er früher die größte Diözese Preußens geleitet hatte, war so eklatant, daß die Wirkung der staatlichen Absetzung den Breslauer Katholiken auch bei der großartigsten Leichenfeierlichkeit zum Bewußtsein kommen mußte. Was die Frage nach dem demnächstigen Bisthumsverweser und dem künftigen Bischof betrifft, so liegt die Erwählung des jetzigen Weihbischofs (Gleich) zu dem ersterwähnten Amte nahe; seiner Zulassung durch den Staat ist aber schwerlich ein guter Dienst durch die öffentlich klerikalerseits erfolgte Konstatirung der Thatsache geleistet worden, daß er seit der Absetzung des Fürstbischofs die Diözese, so weit es nicht von diesem selbst geschah, heimlich „regiert“ hat. Jedenfalls wird er unter diesen Umständen wohl nicht der definitive Nachfolger des Fürstbischofs Förster werden. Ohnehin scheint innerhalb der Regierung — und dies würde nur zu billigen sein — die Maxime angenommen zu sein, neue Bischöfe nicht aus der Mitte der Diözese zu wählen, die zu leiten sie bestimmt sind: man würde anderenfalls, da von der Berufung der wenigen während des Kampfes als staatstreu erfundenen höheren Geistlichen zu Bischöfen doch nicht die Rede sein kann, nur den Zusammenhang der ultramontanen Organisation weiter befestigen. — Im 4. und 6. hiesigen Wahlkreis, wo das letzte Mal sozialdemokratisch gewählt wurde, soll den Sozialdemokraten doch unter der Hand die Vertheilung ihrer Stimmzettel so weit gelungen sein, daß sie den Kampf ernstlich aufnehmen zu können hoffen, trotz des „kleinen Belagerungszustandes“.

r. Liberale Wählerversammlung.

Gestern Abends 8 Uhr fand in dem Lambert'schen Saale eine von dem deutschen Wahlkomite für die Wahl des Bürgermeisters Herse berufene Versammlung von deutschen Wählern des Stadt- und Landkreises Posen statt, in welcher Bürgermeister Herse eine Wahlrede hielt. Der Saal war überaus stark gefüllt; die Zahl der Anwesenden wurde auf ca. 900 geschätzt. Nachdem Kaufmann E. Lange, Vorsitzender des Wahlkomites, die Versammlung eröffnet hatte, führte Bürgermeister Herse in einstündiger Rede etwa Folgendes aus.

Im Frühling d. J. habe hier der Parteitag der Anhänger der deutschen Fortschrittspartei aus der Provinz Posen stattgefunden. Damals habe der Delegirte des Posener Vereins gegenüber einer Strömung, welche dahin ging, die Frage, wie sich die Parteigenossen in dem Falle zu verhalten haben, wenn ein Pole und ein Anhänger der konservativen Partei bei den bevorstehenden Reichstagswahlen zur Stichwahl komme, als eine offene zu behandeln, es durchgesetzt, daß in einem solchen Falle die Anhänger der Partei ihre Stimme stets für den deutschen Kandidaten abzugeben hätten. Als nun die hiesige Fortschrittspartei gemeinsam mit den Sezessionisten den Redner als Kandidaten zu nominiren beschlossen, habe man sich von vornherein nicht verhehlt, daß diese Kandidatur wohl nur die Bedeutung einer Zähl-Kandidatur habe; doch habe man gehofft, daß ein Deutscher vielleicht zur Stichwahl gelangen werde. Man war sich klar, daß die Wahl eines Deutschen in diesem Falle nur dann möglich sein würde, wenn alle deutschen Stimmen sich auf den zur Stichwahl kommenden deutschen Kandidaten vereinigen würden, und daß demnach, auch wenn der Kandidat der vereinigten Liberalen nicht zur Stichwahl gelange, bei der engeren Wahl für den deutschen Kandidaten gestimmt werden müsse. Man habe sich daher für verpflichtet gehalten, die Person des Kandidaten der anderen deutschen Partei möglichst unberührt zu lassen, um den Parteigenossen im Falle des Unterliegens das Stimmen für den deutschen Kandidaten der Gegenpartei bei der Stichwahl nicht zu sehr zu erschweren. Redner selbst habe in dieser Weise noch in der am 23. d. Mts. in Schwersenz abgehaltenen Wählerversammlung verfahren. Eine andere Auffassung der Sache scheine das gegnerische Komite zu haben. In dem Organe jener Partei sei über jene Versammlung eine Korrespondenz aus Schwersenz enthalten, der man wohl ansehe, wo sie gefertigt sei; dieselbe beschäftige sich unter Anderem auch mit der Person des Redners, und ebenso bemühe sich ein jenem Organ beigegebenes Flugblatt, den Redner zu diskreditiren (Rufe: Pfui!). Wenn allerdings ein Konservativer Dasjenige glaubt, was dort gesagt wird, dann könne er bei der engeren Wahl für den Redner seine Stimme nicht abgeben. Es gehe so weit, daß in jener Korrespondenz sogar die Frage behandelt wird, ob der Vater des Redners ein Bäcker oder ein Gutsbesitzer gewesen sei, wobei dann, um ihn bei den Gewerbetreibenden zu diskreditiren, behauptet wird, er sei ein Gutsbesitzer gewesen. Da nun einmal diese Frage aufgeworfen worden ist, so erkläre Redner: sein bereits verstorbener Vater, welcher in Posen geboren, habe die Bäckerei erlernt, sei zünftiger Bäckergeselle gewesen, später aber Gutsbesitzer geworden. (Heiterkeit.) Die Eltern des Redners hätten diesen von Jugend auf gelehrt, daß der Werth des Menschen nicht auf der Geburt, sondern auf dem inneren Werthe beruhe. (Lebhafter Beifall.) Redner habe stets mitten im Leben des Volkes gestanden; er sei nie erst zu demselben herabgestiegen. Er habe an der Gründung des Handwerkervereins und an dem Statuten-Entwurf dieses Vereins vor ca. 20 Jahren Theil genommen; er stehe inmitten des Volkes und habe stets Beziehungen zu dem Volke unterhalten.

In jenem Flugblatte werde gesagt, „Redner stehe auf dem Standpunkte der Fortschrittspartei“. Das sei ganz richtig, und er rechne sich dies zur Ehre an. (Beifall.) Er stehe auf diesem Standpunkte und werde auf demselben stehen, so lange die Fortschrittspartei an ihren bisherigen Prinzipien festhalte. — Es wird ferner gesagt, „Redner sei gegen die Fortbildung und Fortentwickelung des indirekten Steuersystems“. In solcher Allgemeinheit sei dies nicht richtig; er sei nur gegen ein irrationelles indirektes, also gegen das jetzige Steuersystem. Wie bei der direkten Besteuerung ein bestimmtes Minimum des Einkommens, das Existenz-Minimum, unbesteuert bleibe, so dürften auch die nothwendigsten Lebensmittel nicht besteuert werden, weil dadurch das Existenz-Minimum mit besteuert werde. Die indirekten Steuern seien um so drückender, je mehr Köpfe einer Familie, wie dies gerade bei dem armen Manne so häufig der Fall sei, angehören. Was bei der indirekten Besteuerung der arme Mann für die nothwendigsten Lebensmittel ausgeben müsse, sei weit höher, als dasjenige, was der Reiche dafür ausgebe, zumal für eine schlechte Qualität (z. B. Kaffee) ein eben so hoher Zoll bezahlt werde, wie für die beste Qualität. Redner sei daher gegen die indirekten Steuern, die den armen Mann ganz unverhältnißmäßig hoch treffen; sei doch berechnet worden, daß z. B. ein Mann mit 500 Mark Einkommen im Westen Deutschlands 50 Mark an indirekten Steuern aufzubringen habe! — Es wird weiter dem Redner der Vorwurf gemacht: „er sei gegen die Herabsetzung der direkten Steuern“. Was haben wir denn bisher gesehen? Die indirekten Steuern wurden erhöht, aber die direkten nicht ermäßigt, wie dies versprochen worden ist. Die Gebäudesteuer wurde im vorigen Jahre revidirt, wobei der Durchschnitt der letzten zehn Jahre als Maßstab angenommen und in Folge dessen ein Mehrertrag von 6 Millionen Mark festgesetzt wurde. Eugen Richter dagegen hatte beantragt, daß man die alten Summen, nach Revision der Reduktionssummen, weiter erheben möge; doch fiel dieser Antrag. Gerade in der Stadt Posen sind wir von dieser höheren Gebäudesteuer schwer betroffen worden, da während der letzten 10 Jahre die Miethen im Durchschnitt hier hoch waren, seitdem aber herabgegangen sind, so daß demnach eine hohe Gebäudesteuer nach einem Maßstabe gezahlt werden muß, der gegenwärtig nicht zutrifft. — Was die Klassen- und klassifizirte Einkommensteuer betrifft, so sei zwar eine Ermäßigung von 14 Millionen M. bewilligt worden. Was bedeuten aber diese 14 Millionen gegenüber den 145 Millionen neuer indirekter Steuern! Und wie hat man überdies den Erlaß von 14 Millionen erreicht? Nur durch die Aufnahme einer Anleihe! Es ist dies wohl nur aus taktischen Gründen geschehen; der vierteljährliche Erlaß an Steuer ist gerade in dem Vierteljahre vor dem Wahltermine erfolgt, wo die Arbeit am besten geht, während er besser auf die Winterszeit, wo die Arbeit ruht und der Verdienst schlecht geht, hätte verlegt werden sollen; doch hat man dies aus den Augen gelassen, um für die Wahlen günstige Stimmung zu machen! — Für die projektirte Wehrsteuer haben nicht einmal die Minister gestimmt. Was die Erhöhung der Brausteuer betrifft, so sei Redner gegen dieselbe. Der Brauer arbeite gegenwärtig unter ungünstigen Umständen mit geringem Gewinn, und es sei daher zu befürchten, daß bei Einführung der Brausteuer die Qualität des Bieres leiden würde. Der Bierkonsum, welcher nachgelassen habe, sei aber nicht zu mindern sondern zu fördern dem Branntweinkonsum gegenüber. — Redner sei dagegen für eine höhere Besteuerung des Branntweins; im deutschen Reich sei die Branntweinsteuer, wenn man sie gegen diese Steuer in anderen Ländern vergleicht, ungewöhnlich niedrig, und würde demnach, mögen auch die Großgrundbesitzer dagegen sein, ganz wohl eine Verdoppelung ertragen; für denjenigen Branntwein, welcher exportirt werde, würde die Bonifikation die Steuer zurückgewähren. — Von den Gegnern einer höheren Branntweinbesteuerung werde die Schanksteuer gewissermaßen als Ersatz empfohlen. Da durch diese Steuer aber nicht blos der Branntwein, sondern auch andere Getränke und auch Speisen getroffen werden würden, dieselbe nichts weiter als eine zweite Gewerbesteuer sein würde, und die Restaurateure 2c. schon ohnehin genug Gewerbesteuer zahlen, so sei die Schanksteuer zu verwerfen. Ebenso sei Redner gegen die projektirte Quittungssteuer, weil dieselbe einerseits eine geschäftliche Erschwerung mit sich bringen, andererseits dahin führen würde, daß auf Quittungen überhaupt eher verzichtet wird, was weit Interesse des Rechtes auch nicht vortheilhaft sein würde.

Es wird ferner gesagt: „Redner sei gegen den Schutz der nationalen Arbeit.“ In Wahrheit sei er gegen die Zollpolitik, wie sie sich jetzt entwickelt hat, und zwar gründe er seine Ueberzeugung auf die für ihn in dieser Beziehung kompetenten Berichte von 85 Handelskammern, welche sämmtlich erklären, ein günstiges Resultat der Zollpolitik sei nicht eingetreten und ebenso wenig sei ein Aufschwung des Gewerbes zu konstatiren. — Ferner wird gesagt: „Redner sei gegen jeden Versuch der Lösung der sozialen Frage.“ Als ob Diejenigen, welche dies behaupten, irgend Etwas zur Lösung der sozialen Frage gethan haben! (Beifall.) Die ideale Aufgabe der sozialen Frage sei die, einen Jeden so zu stellen, daß er mit seinem Loose zufrieden ist; es sei dies eine Aufgabe, an deren Lösung seit den Zeiten des Alterthums bis jetzt vergeblich gearbeitet wird. Man möge sich bei diesen Bestrebungen stets der Worte des großen Franklin erinnern,

„Wer da sagt, daß ihr anders, als durch Fleiß und Sparsamkeit zu Etwas kommen könnt, der ist ein Giftmischer." Aber neuerdings wird das große Wort ausgesprochen: durch Staatsunterstützung solle dies Ziel erreicht werden! Zu diesem Behufe sei zunächst das Unfallversicherungsgesetz eingebracht worden; dasselbe sei aber bekanntlich gefallen. Redner sei gegen jedes Unfallversicherungsgesetz, dagegen für eine Erweiterung des Haftpflichtgesetzes, und zwar wünsche er diese Erweiterung nach zwei Richtungen hin, einerseits dahin, daß nicht bloß der Fabrikarbeiter und der Bergmann, sondern auch der Hüttenmann, der Bauarbeiter und der ländliche Arbeiter durch dasselbe geschützt werde; er habe als Mitglied der provinziellen Land-Armenverwaltung kennen gelernt, wie viele Arbeiter auf dem Lande verunglücken; auch für diese müßte gesorgt werden. Andererseits müßte aber das Haftpflichtgesetz auch dahin erweitert werden, daß die Entschädigung bei jedem Unfalle, nicht bloß bei dem durch eigene Schuld herbeigeführten, eintreten müßte. Gegenwärtig suche der Arbeitgeber, wenn ein Unfall eintritt, sich gewöhnlich der Haftpflicht zu entziehen, indem er den Einwand eigener Verschuldung Seitens des Arbeiters erhebt, so daß dann der Arbeiter erst einen langwierigen Prozeß anstrengen muß. Wenn der Unternehmer in jedem Falle haften müsse, so werde dies dahin führen, daß er mehr dafür sorgen werde, daß Unglücksfälle vermieden werden. Die scheinbare Härte, die für den Unternehmer darin liege, daß er für den Unfall stets aufkommen muß, lasse sich ja dadurch mildern, daß er die von ihm beschäftigten Arbeiter gegen Unfälle versichert. Bereits sei dies auch in bedeutendem Umfange geschehen, und schon seien 800,000 Arbeiter bei den Unfall-Versicherungsgesellschaften versichert. Redner sei gegen jeden Versicherungszwang hiebei, ebenso gegen eine öffentliche Versicherungsanstalt. Anfangs seien die Unfall-Versicherungsgesellschaften allerdings wenig kulant gewesen, aber allmälig werde sich die Sache in Folge der Konkurrenz regeln. Jedenfalls sei Redner entschieden gegen das Versicherungsmonopol; das Versicherungswesen vertrage überhaupt nicht die Schablone des Monopols. — Um bei der sozialen Frage zu bleiben, sei ferner die Altersversorgung angeregt worden. Danach solle der Staat in gleicher Weise, wie für die Invaliden des Krieges, so auch für die Invaliden der Arbeit sorgen. Offenbar sei diese Frage nur zu Wahlzwecken aufgeworfen worden. Würde den Fabrikarbeitern, welche hiebei zunächst ins Auge gefaßt sind, die Altersversorgung gewährt, so würden alle Arbeiter sich zu den Fabriken drängen, und in Folge des starken Angebots würden die Löhne herabgehen, so daß den Hauptgewinn die Arbeitgeber haben würden. Was hat denn aber der Fabrikarbeiter vor dem kleinen Handwerksmeister, dem Gesellen, der Näherin 2c., und auch vor dem ländlichen Arbeiter voraus? Müßte für diese nicht ebenso vom Staate gesorgt werden? Man kann ihnen aber nicht bloß ein Almosen spenden, man muß ihnen eine auskömmliche Rente geben. Woher soll dies Alles genommen werden, da der Staat doch nur dem Einen giebt, was er dem Anderen nimmt? (Beifall). Man hilft sich, indem man sagt, auch der Arbeiter solle mit dazu beisteuern! Die Sache der Altersversorgung hat also ihre großen Bedenken.

Weiter werde nun gesagt: Wir führen das Tabaksmonopol ein und schaffen dafür dem Arbeiter die Altersversorgung (Heiterkeit). Redner sei gegen das Tabaksmonopol. Dasselbe sei zunächst unsicher in Betreff seiner Resultate. Nach Berechnung der im Jahre 1878 zusammengetretenen Enquete-Kommission werde das Tabaksmonopol, hoch gerechnet, jährlich 90 Millionen Mark einbringen. Da aber die jetzige Besteuerung des Tabaks schon 45 Millionen Mark abwirft, so würden demnach nur noch 45 Millionen Mark verbleiben; und um dieser 45 Millionen wegen wolle man eine blühende Industrie vernichten! Ganz abgesehen von dem Raucher, der eine geringere Auswahl haben werde, bei einer Frage von solcher Bedeutung aber nicht in Betracht komme, spreche gegen das Tabaksmonopol vornehmlich Folgendes: Zunächst würde der Tabaksbau in Deutschland durch dasselbe leiden; wie in Frankreich, würde derselbe der besseren Kontrolle wegen wohl in einzelnen Gegenden verboten, dagegen in anderen konzentrirt werden, und überhaupt würde derselbe durch die Kontrolle sehr erschwert werden, was z. B. von den kleinen Besitzern in der Pfalz schon sehr gefürchtet wird. Die Tabaksfabrikanten würden noch am besten fortkommen, indem ihnen eine Entschädigung gewährt werden würde; die bisherigen Tabaksfabriken aber würden nur zum kleinen Theil benutzt werden können, da der Aufsicht wegen die Fabriken in bestimmte Zentren verlegt werden müßten; es würde also in diesem Aufgeben vieler der bisherigen Fabrikgebäude eine Schädigung des Nationalwohlstandes liegen. Die entschädigten bisherigen Tabaksfabrikanten müßten sich nach einem anderen Erwerbe umsehen, und dabei würde ein Theil ihres Kapitals unzweifelhaft zu Grunde gehen. Ganz besonders aber würden die Tabaksarbeiter durch das Monopol leiden; denn der Absatz von Tabak würde abnehmen, es würden noch mehr Zuchthäusler als bisher bei der Tabaksfabrikation beschäftigt werden, und durch die alsdann beschäftigungslosen Zigarrenarbeiter würden die Löhne auch in anderen Erwerbszweigen, denen diese Arbeiter sich zuwenden, gedrückt werden. Ebenso würde die Tabaks-Hausindustrie, die in manchen Gegenden recht entwickelt ist, zu Grunde gehen. Keine Entschädigung würden die ca. 400,000 Tabakshändler erhalten, die jedenfalls durch das Monopol in eine recht schlimme Lage kämen. Die Verkaufsstellen für Tabak würden an Zivilversorgungsberechtigte und an Solche, „die sich um das Vaterland verdient gemacht haben", übertragen werden (Große Heiterkeit und Beifall). Die Zahl der von der Regierung Abhängigen würde durch die in den Tabaksfabriken beschäftigten Arbeiter, sowie durch die Tabaksverkäufer vermehrt werden, was bei den Wahlen sehr in Betracht komme. Endlich werde durch den Tabaks-Schmuggel auch die Moralität untergraben werden 2c. — Doch der Appetit kommt im Essen! (Heiterkeit.) Man will auch das Versicherungswesen, den Getreidehandel, die Müllerei 2c. monopolisiren; wohin dies führen würde, wie z. B. auch der Landwirth durch eine Monopolisirung des Getreidehandels leiden würde, kann man sich denken.

Man hat ferner gesagt: „Redner sei gegen die Aufrechterhaltung der Wehrkraft des Volkes". Es sei dies der schwerste Vorwurf, der einen Patrioten, als welchen sich der Redner fühle, treffen könne. Da er in seinem ganzen politischen Auftreten nie Gelegenheit gehabt, über diese Frage zu sprechen, so mache man ihm jenen Vorwurf wohl nur aus dem Grunde, weil er Anhänger der Fortschrittspartei ist, und es zu den täglichen Verdächtigungen seitens der gegnerischen Partei gehört, diesen Vorwurf gegen die Fortschrittspartei zu erheben. Und doch ist dieser Vorwurf, wie dies das Programm der Partei ergiebt (Redner verliest dasselbe), vollständig unbegründet. Aber es giebt ja eine Partei, welcher das Militärbudget ein noli me tangere ist! Was die Fortschrittspartei in dieser Beziehung gethan, ist das, daß sie es der Regierung zur Erwägung anheim gegeben, ob nicht eine 2jährige Dienstzeit bei der Infanterie einzuführen wäre. Darin liegt doch aber nicht ein Rütteln an der Wehrkraft des Volkes! Bei tüchtiger Vorbildung durch turnerische Uebungen kann es ja doch vielleicht dahin kommen, daß eine 2jährige Dienstzeit bei der Infanterie sich als ausreichend herausstellt, und selbst militärische Autoritäten haben sich dahin ausgesprochen, daß für die Infanterie eine solche kürzere Dienstzeit genügen könnte. Man könne also nicht gegen den Redner den Verdacht schleudern, daß er die Wehrkraft des Volkes schwächen wolle. Es sei dies eine Agitation der Verleumdung und Beschimpfung, wie sie von gegnerischer Seite so häufig gegenwärtig geübt werde. Es gebe sogar eine Agitation, welche sich nicht entblöde, mit Waffen aus der Rüstkammer des Mittelalters gegen die Liberalen zu kämpfen, welche sich nicht entblöde, mit Freibier und Freitheater Stimmen kaufen zu wollen. (Lebhafter Beifall.) — In jenem Blatte werde gesagt: „Wir verwerfen den öden Begriff der Fortschrittspartei, daß der Staat nur die Rolle des Gendarmen und Nachtwächters zu spielen habe." Auf allen Schritten begegne man gegenwärtig allerdings dem Bestreben, die Macht des Staates auf bureaukratische Regierung und auf polizeiliche Bevormundung zu gründen. Die Fortschrittspartei sei der Ansicht, daß auf der Bevormundung nicht die Stärke des Staates beruht, daß dieselbe vielmehr sich zu gründen hat auf das unabhängige freie Bürgerthum. „Wir freien Bürger haben die Pflicht, einzutreten für Freiheit und Recht, und diese Pflicht üben wir, indem wir bei den bevorstehenden Wahlen unsere Wahlzettel abgeben; das Wahlrecht wird zur Wahlpflicht, und diese Pflicht erfordert, daß wir nicht blos mitstimmen, sondern auch die Indolenten und Schwankenden veranlassen, an die Wahlurne zu treten. Jede Stimme, die uns verloren geht, geht nicht Ihrem Kandidaten, geht nicht der liberalen Sache, sondern dem Deutschthum verloren. Davor hüten wir uns!" (Lang anhaltender lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende befragte hierauf die Versammlung, ob Jemand an den Bürgermeister Herse noch eine Frage zu richten habe. Nachdem dies nicht geschehen, forderte er die Anwesenden auf, am 27. d. M. sämmtlich zur Wahlurne zu erscheinen, jetzt aber dem Bürgermeister Herse den Dank durch Aufstehen zu erkennen zu geben, was auch geschah. Nachdem alsdann aus der Mitte der Versammlung auf Bürgermeister Herse ein dreimaliges Hoch ausgebracht worden war, in welches die Versammlung lebhaft mit einstimmte, erreichte dieselbe 9½ Uhr Abends ihr Ende.

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 25. Oktober. Se. k. k. Hoheit der Kronprinz traf heute Nachmittag 2 Uhr 35 Min. auf dem Zentralbahnhof hierselbst ein und fuhr nach kurzem Aufenthalte nach Oels, einer Einladung des Offizierkorps des Dragonerregiments Nr. 8, dessen Chef der Kronprinz ist, folgend. Ihre königlichen Hoheiten die Prinzen Wilhelm und Friedrich Karl und die übrige Jagdgesellschaft fuhren um 3 Uhr 5 Minuten nach Berlin zurück. Se. k. k. Hoheit der Kronprinz wird sich morgen Nachmittag 5 Uhr 45 Minuten zum Besuche des Großherzogs von Sachsen-Weimar nach Heinrichsau begeben.

Oels, 25. Oktober. Heute Nachmittag 3 Uhr 50 Minuten ist Se. k. k. Hoheit der Kronprinz in Begleitung des Hofmarschalls, Grafen zu Eulenburg und des Prinzen Reuß hier eingetroffen; zu seinem Empfange waren der Kommandeur des Dragoner-Regiments Nr. 8, v. Schmerling, Landrath v. Rosenberg und Bürgermeister Mappes auf dem Bahnhofe anwesend. Se. k. k. Hoheit fuhr vom Bahnhofe direkt nach der Kaserne des Dragoner-Regiments.

Paris, 25. Oktober. Den neuesten Nachrichten aus Tunis vom 24. d. zufolge hat General Saussier das Défilé von Fum-el-Karuba glücklich überschritten. In Folge der Erfolge des Obersten Laroque befinden sich die Schaaren des Ali Ben Amar auf dem Rückzuge gegen Süden. In jedem Tribus wurden Geißeln für die Sicherheit der Eisenbahn genommen.

Paris, 25. Oktober. Baron James Rothschild, Sohn des Baron Nathanael Rothschild, ist heute früh in seinem Hotel, Avenue Friedland, plötzlich gestorben.

Havre, 25. Oktober. Die Reise Gambetta's hierher hat Nichts mit Politik zu thun. Bei dem heutigen Banket wird derselbe in seiner Rede von den Geschäften sprechen. Gambetta besuchte heute die Häfen und Werften.

Brüssel, 25. Oktober. Bei den heute stattgehabten Kommunalwahlen siegten die Liberalen hier mit einer Majorität von 550 Stimmen; ebenso errangen die Liberalen in Gent, Antwerpen, Verviers und Dinant den Sieg; in Brügge wurden die Kandidaten der klerikalen Partei gewählt.

Konstantinopel, 25. Oktober. Die Mitglieder der nach Egypten entsandten türkischen Mission sind sämmtlich gestern hier wieder eingetroffen. — In der gestrigen Sitzung der Delegirten der Bondsinhaber wurden die Verhandlungen über den Emissionspreis der verschiedenen Anlehen fortgesetzt. Man einigte sich schließlich im Prinzipe über einen Vermittelungsvorschlag, nach welchem die Gesammtsumme aller Anlehen, einschließlich der rückständigen Interessen, 100 Mill. Pfd. Sterl. übersteigen würde. Man glaubt, die Gesammtsumme werde unbeschadet einer Reduktion der rückständigen Interessen 117 Millionen erreichen. Das Resultat der Sitzung wird als befriedigend angesehen und läßt eine baldige Beendigung der Verhandlungen hoffen.

Washington, 24. Oktober. Präsident Arthur hat die Ernennung Edwin de Morgan's zum Schatzsekretär dem Senate zur Ratifikation unterbreitet.

Washington, 24. Oktober. Der Senat hat die Ernennung Edwin de Morgan's zum Staatssekretär bestätigt.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. —
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Oktober.

Datum Stunde	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i Celf. Grad.
25. Nachm. 2	746,1	O mäßig	bedeckt ¹)	+ 3,9
25. Abnds. 10	746 8	NW lebhaft	bedeckt	+ 2,8
26. Morgs. 6	747,8	O lebhaft	bedeckt	+ 3,0

¹) Regenhöhe 0,2 mm.
Am 25. Wärme-Maximum + 6°3 Celf.
" " Wärme-Minimum + 3°2 "

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 25. Oktober Morgens 1,04 Meter.
" " 25. " Mittags 1,04 "
" " 26. " Morgens 1,08 "

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 25 Oktober. (Schluß-Course.) Bewegt. Lond. Wechsel 20,407. Pariser do. 80,62. Wiener do. 172,00. K.-M. St.-A. —. Rheinische do. —. Heff. Ludwigsb. 96¼. K.-M.-Pr.-Anth. 129. Reichsanl. 101⅛. Reichsbank 150⅞. Darmstd. 165. Meininger B 101½. Oest.-ung. Bk. 705 00. Kreditaktien 305¾. Silberrente 65¾. Papierrente 64½. Goldrente 79⅜. Ung. Goldrente 75⅞. 1860er Loose 122¾. 1864er Loose 324,20 Ung. Staatsl. 233,00. do. Ostb.-Obl. II. 93¼. Böhm. Westbahn 255. Elisabethb. —. Nordwestbahn 187. Galizier 266¾. Franzosen 284¼. Lombarden 123⅛. Italiener 87¾. 1877er Russen 89¾. 1880er Russen 73⅛. II. Orientanl. 59¼. Zentr.-Pacific —. Diskonto-Kommandit —. III. Orientanl. 59 Wiener Bankverein 113¼. ungarische Papierrente —. Buschtiehrader —. Junge Dresdner —.
Ungarische Eskompt- und Wechslerbank —,—.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 306, Franzosen 285¼, Galizier 266½, Lombarden 122½, II. Orientanl. —, III. Orientanl. —, österr. Goldrente —.

Wien, 25. Oktober. (Schluß-Course.) Nach vielfachen Schwankungen schließlich wieder matt.

Papierrente 75,80. Silberrente 76,80. Oesterr. Goldrente 92,80, Ungarische Goldrente 118,60. 1854er Loose 122,20. 1860er Loose 132,20. 1864er Loose 172,50. Kreditloose 178,00. Ungar. Prämienl. 122,00. Kreditaktien 356,00. Franzosen 332,50. Lombarden 144,00, Galizier 309,25. Kasch.-Oderb. 146,00. Pardubitzer 162,00. Nordwestbahn 218,00. Elisabethbahn 212,50. Nordbahn 2355,00. Oesterreich-ungar. Bank —,—. Türk. Loose —,—. Unionbank 138,50. Anglo-Austr. 147,25. Wiener Bankverein 135,25. Ungar. Kredit 353,50, Deutsche Plätze 57,90. Londoner Wechsel 118,55. Pariser do. 46,75, Amsterdamer do. 97,50. Napoleons 9,38. Dukaten 5,61. Silberc. 100,00. Marknoten 57,95. Russische Banknoten 1,25½. Lemberg-Czernowitz —,—. Kronpr.-Rudolf 165,50. Franz-Josef —,—. Dux-Bodenbach —,—. Böhm. Westbahn —,—.

4½prozent. ungar. Bodenkredit-Pfandbriefe —, Elbthal 240,75, ungarische Papierrente 87,30, ungar. Goldrente 88,80, Buschtierader B. —,—. Ung. Prämi. —. Eskompte —,—.

Paris, 24. Oktober. Boulevard-Verkehr. 3 proz. Rente 83,97½, Anleihe von 1872 116,25, Italiener 87,40, österr. Goldrente — Türken 14,30, Türkenloose —,—, Spanier inter. —, do. extér. 26,00, ungar. Goldrente —, Egypter 370,00, 3proc. Rente —,—, 1877er Russen —, Franzosen —,—. Weichend.

Florenz, 25. Oktober. 5 pCt. Italien. Rente 89,90, Gold 20,48.

London, 25. Okt. Fremde Fonds matt. Consols 99⅛, Ital. 5proz. Rente 87⅛, Lombard. 12½, 3proz. Lombard. alte 11¼, 3proz. do. neue 11⅛, 5proz. Russen de 1871 88¼, 5proz. Russen de 1872 87¾, 5proz. Russen de 1873 89¼, 5proz. Türken de 1865 14, 3½proz. fundirte Amerikaner 104½. Oesterr. Silberrente 66⅜, do. Papierrente —, Ungarische Goldrente —, Oesterr. Goldrente 79⅜, Spanier 26¾, Egypter 72⅝, 4proz. preuß. Consols 100. 4proz. bair. Anleihe —.

4prozent. ungar. Goldrente 75¾, Silber —.

Platzdiskont 4⅛ pCt.

Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,76. Wien 11,99. Paris 25,65, Petersburg 24⅞.

Newyork, 24. Oktober. (Schlußkurse.) Wechsel auf Berlin 94, Wechsel auf London 4,80, Wechsel auf Paris 5,26¼, 3½proz. fundirte Anleihe 101⅜, 4prozent. fundirte Anleihe von 1877 116, Erie-Bahn 43⅞, Zentral-Pacific 1 5, Newyork Zentralbahn 137⅜, Chicago-Eisenbahn 134. Cable Transfers 4,85. Geld leicht.

Produkten-Course.

Bremen, 25. Oktober. Petroleum. (Schlußbericht.) Niedriger. Standard white loko 7,65 Br., — bz., per Nov. 7,65 Br., per Dezember 7,85, Br., per Januar 7,85, Br., per Februar 7,85 Br., per März 7,85 Br.

Hamburg, 25. Okt. Getreidemarkt. Weizen loko still, auf Term. ruhig. — Roggen loko still, auf Termine steigend. — Weizen per Oktober-November 234,00 Br., 233,00 Gd., per April-Mai 224,00 Br., 223,00 Gd. Roggen per Oktober-November 182,00 Br., 180,00 Gd., per April-Mai 169,00 Br., 168,00 Gd. — Hafer ruhig. Gerste matt. — Rüböl matt, loko 55,50, per Oktober 55,50. — Spiritus ruhig, per Oktober 46¼ Br., per November-Dezember 45¼ Br., per Dezember-Januar 45¼ Br., per April-Mai 43¾ Br. — Kaffee ruhig, stetig, Umsatz 4000 Sack. — Petroleum still, Standard white loko 8,20 Br., 8,10 Gd., per Oktober 8,10 Gd., per November-Dezember 8,00 Gd. — Wetter: Regnerisch.

Pest, 25. Okt. (Produktenmarkt.) Weizen loko 5—10 Kreuzer höher, auf Termine ruhig, per Herbst 12,36. Gd., 12,38 Br., per Frühjahr 13,02 G., 13,05 Br. — Hafer pr. Herbst 7,90 Gd., 7,95 Br. — Mais per Mai-Juni 7,33 Gd., 7,36 Br. — Wetter: Regen.

Petersburg, 25. Oktober. Produktenmarkt. Talg loco 58,25, per August 60,00. Weizen loko 15,75. Roggen loko 11,75. Hafer loko 5,30, — Hanf loko 32,00. Leinsaat (9 Pud) loko 14,75. — Wetter: Kalt.

London, 25. Oktober. An der Küste angeboten 4 Weizenladungen. — Wetter: Schön.

Liverpool, 25. Oktober. (Getreidemarkt.) Weizen, Mehl und Mais stetig. — Wetter: Trübe.

Antwerpen, 25. Oktober. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen behauptet. Hafer vernachlässigt. Gerste unverändert.

Newyork, 24. Oktober. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach England 106,000, do. nach dem Kontinent 40,000, do. von Kalifornien und Oregon nach England 80,000 Qrts.

Newyork, 24. Oktober. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 11⅝, do. in New-Orleans 11¼. Petroleum in Newyork 7⅝ Gd., in Philadelphia 7½ Gd., rohes Petroleum 7, do. Pipe line Certificates — D. 92 C. Mehl 6 D. 00 C. Rother Winterweizen loko 1 D. 51¼ C. Weizen per laufenden Monat 1 D. 50½ C., do. per November. 1 D. 51 C., do pr. Dezember 1 D. 54 C. Mais (old mixed) 72 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 8⅛. Kaffee (Rio) 10¾. Schmalz (Marke Wilcox) 12⅛, do. Fairbanks 12⅛, do. Rohe u. Brothers 12⅛. Speck (short clear) 9¾ C. Getreidefracht 4¼.

Produkten-Börse.

Berlin, 25. Oktober. Wind: ONO. Wetter: Naßkalt.

Weizen per 1000 Kilo loko 220—250 M. nach Qualität gefordert, fein gelb — M. ab Bahn bez., def. Poln. — M. ab Bahn per Oktober 233—231½ bezahlt, per Oktober-November 230—230½—230 bezahlt, per November-Dezember 226—227 bezahlt, per Dezember-Jannar — M. bez., per Januar-Februar — M. bezahlt, per April-Mai 225½—226 bezahlt, per Mai-Juni — Mark bezahlt. Gekündigt 7000 Zentner. Regulirungspreis 231½ Mark. — Roggen per 1000 Kilo loko 192—197 Mark nach Qualität gefordert, neu inländischer 194—195½ ab Bahn bezahlt, hochfeiner — Mk. ab Bahn bezahlt, klammer — ab Kahn bezahlt, alter do. — M. ab B. bez. russischer — Mark a. K. bezahlt, feiner — M. a. Bahn. bez., defekter — Mark ab Bahn bezahlt, per Oktober 196½—7—6 M. bezahlt, per Oktober-November 186½—187½—186 bez., per November-Dezember 180½—181—180 bez., per Dezember-Januar — bez., per Januar-Februar — bez., per April-Mai 171½—172½—2¼ bez. Gekündigt 3000 Ztr. Regulirungspreis 196½ M. — Gerste per 1000 Kilo loko 158—200 M. nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 150—172 M. nach Qualität gefordert, russischer 152—157 Mark bez., ost- und westpreußischer 155—160 Mark bez., pommerscher und Uckermärker 155—160 Mark bez., schlesischer 156—160 M. bez., böhmischer 156—160 M. bez., fein weiß mecklenburgischer — ab B. bez., per Oktober 152½—152 bezahlt, per Oktober-November 147 M. Br., per Nov.-Dezember 147½ bezahlt, per Dezember-Januar — bez., per April-Mai 150½—1—50¼ bez., per Mai-Juni — bezahlt. Gekündigt 1000 Zentner. Regulirungspreis 152 Mark. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 184—210 M., Futterwaare 165—183 M. — Mais per 1000 Kilo loko 149—155 nach Qualität gefordert, Okt. 149 n., Oktober-Novbr. 149 nom., per Nov.-Dezember 148½ bez., per April-Mai 143 Mark bez. Gekündigt 2000 Zentner. Regulirungspreis 148½ Mark. — Weizenmehl per 100 Kilogramm brutto 00: — — Mark, 0: 30,50—29,50 Mark, 0/1: 29,50—28,50 Mark. — Roggenmehl inkl. Sack 0: 28,00—27,00 Mark, 0/1: 26,50 bis 25,50 M., per Oktober 26,00—26,10 bez., per Oktober-November 25,30 bezahlt, per November-Dezember 24,65 M. bezahlt, per Dezember-Januar — bezahlt, Januar-Februar — bezahlt, per April-Mai 23,55—23,50 bezahlt, per Mai-Juni — bezahlt, per Juni-Juli — bez. Gekündigt — Zentner. Regulirungspreis M. — Oelsaat per 1000 Kilo Winterraps —,— Mark, Winterrübsen —,— Mark — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Faß 53,0 M., mit Faß 53,6 M. bezahlt, per Oktober 53,6—53,4 bezahlt, per Oktober-November 53,6—53,4 bezahlt, per November-Dezember 53,6—53,4 bezahlt, per Dezember-Januar —, per Januar-Februar — per April-Mai 55,1 bezahlt, per Mai-Juni 55,4 Mark bez., Anmeldungen — M. bez. — Gekündigt — Ztr., Regulirungspreis — M. — Leinöl per 100 Kilo loko 63 M. — Petroleum per 100 Kilo loko 25,0 M., per Oktober 24,5 bezahlt, per Oktober-November 24,5 bezahlt, per November-Dezember 24,5 bezahlt, per Dezember-Januar 25,1 bezahlt, Januar-Februar — bez., per April-Mai — bez. Gekündigt — Ztr., Regulirungspreis — M. — Spiritus per 100 Liter loko ohne Faß 52,7 bez., per Oktober 53,5—53,9—53,6 bezahlt, per Oktbr.-November 52,5—52,8—52,6 bezahlt, per November-Dezember 52,1—52,3—52,1 bez., Dezember-Januar — bezahlt, Januar-Februar — bez., Februar-März — bezahlt, per April-Mai 53,0—53,3—53,2 bezahlt, per Mai-Juni — bez. Gekündigt 60000 Liter. Regulirungspreis 53,7 Mark. (B. B.-Z.)

Bromberg, 25. Oktober. [Bericht der Handelskammer.]

Weizen matter, hochbunt und glasig 222—228 Mark, hellbunt 210—220 Mark. — Roggen unveränd., loko inländischer 178—181 Mark, geringere Qualität —,— Mark. — Gerste feine Brauwaare 155—160 Mark, große und kleine Müllergerste 145—155 Mark. — Hafer loko 150—160 M. — Erbsen Kochwaare 180—200 Mk. Futterwaare 175—180 Mark. — Mais, Rübsen, Raps ohne Handel. — Spiritus pro 100 Liter à 100 Prozent 49—49,50 Mk. — Rubelkours 216,50 Mark.

Breslau, 25. Oktober. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.)

Roggen: (per 2000 Pfd.) fester. Gekündigt —,— Centner. Abgelaufene Kündigungs-Scheine —,—, per Oktober 182,00 bez., — per Okt.-Nov. 176—176,50 bez., Gd. u Br., per Nov.-Dez. 172,50 Br. u. Gd., per April-Mai 173 Br. — Weizen: Gekündigt —,— Centner, per Oktober — Gd., 225 Br. — Petroleum per 100 Kilogr. loko u. per Oktober — Br., 144,00 Gd. — Hafer Gekündigt —,— Cent., per Oktober 144,00 Gd., — per November-Dezember 141,00 Gd., — per April-Mai 144 Br. — Raps Gekündigt — Centner, per Oktober 260 Br., 257 Gd. — Rüböl behaupt. Gekünd. — Centner, loko 54,50 Br., per Okt. 54,00 Br., 53,50 Gd., per Okt.-Nov. 54,00 Br., 53,50 Gd., per November-Dezember 54,00 Br., 53,50 Gd., per Dezember-Januar 54,50 Br., — per April-Mai 56,00 Br., —,— Gd. — Spiritus fester. Gekündigt 25,000 Liter. Abgelaufene Kündigungs-Scheine —, per Oktober 51,00 bez. u. Gd., per Oktober-November 50,40 Gd., per November-Dezember 50,20 bez., — per Dezember-Januar 50,20 bez., per Januar-Februar —,— Br., per Februar-März —,— Gd., per März-April —, per April-Mai 51,00 bez., per Mai-Juni 51,30 bez. u. Gd.

Zink seit letzter Notiz Schlesische Vereins-Marke auf kurze Lief. 15,85 bez., heute Hohenlohe-Marke auf Lieferung 15,90 in Posten bez.

Die Börsen-Commission.

Berlin, 25. Oktober. Auf den gestrigen Rückgang antwortete Wien mit stark gewichenen Coursen und diese gaben wiederum für das heutige Geschäft die Entwickelungsbasis ab. Die Courseinbußen zählten heut nach Zehnern, trotzdem war aber das Angebot doch meist nur spärlich, in keinem Falle dringlich. Die kolossalen Rückgänge der letzten Tage erschweren natürlich die Ultimo-Regulirung in hohem Grade. Es ist die Unterbringung der Effekten mit sehr bedeutenden Schwierigkeiten verknüpft, da die Diskonteure ganz außerordentliche Sicherheiten verlangen und nicht nur die hineinzugebenden Effekten, sondern auch die handelnden Personen einer überaus strengen Beurtheilung unterwerfen und hier bei dem Mißtrauen subjektiv den größten Spielraum einräumen. Der heute veröffentlichte Ausweis der Reichsbank entsprach nicht ganz den gehegten Erwartungen. Die Anlagen sind um 7½ Millionen zurückgegangen und im Giroverkehr flossen der Bank fast 3 Millionen zu. Eine weitere Metall-Entnahme hat nicht stattgefunden und so fand die Notenreserve in der Einschränkung de Noten-Umlaufes um 11⅓ Millionen Mark eine wesentliche Verstärkung. Die heute obwaltende sehr matte Haltung fand zum Theil in den ungünstigen Nachrichten, die über Lombarden umgingen, ihren Grund. — Wie von Wien gemeldet wurde, mußte die Oesterreichische Südbahn noch auf Grund alter Verträge bedeutende Summen zahlen, die dem Aktionär noch auf lange hinaus von jeder Dividende fern halten müssen. Oesterreichische Kreditaktien waren aus Wien 10 Pf. niedriger gemeldet und setzten daraufhin hier 20 M. unter ihrem gestrigen Coursstande ein. Franzosen, Nordwestbahn, Elbethalbahn, sowie die übrigen österreichischen Eisenbahnaktien haben dem entsprechende Coursrückgänge aufzuweisen. In allen einheimischen Werthen war der Verkehr gering und haben auch diese vielfache Rückgänge zu verzeichnen. Per Ultimo notiren: Franzosen 574—575—572—572,50, Lombarden 245—251—249, Kredit-Aktien 616,30—617—612,50—618—616,50, Wiener Bankverein 229—231,50 Darmstädter Bank 163,10, 162,50 bis 164,25—164, Diskonto-Kommandit-Antheile 218—215,25—216,25 bis 218,25—217,75, Deutsche Bank 166¼—165,20—166,90, Dortmunder Union 95,60—96,10—95,10—95,25, Laurahütte 119,50—119,75 bis 119,60. Der Schluß war matt. — Diskonten 5¼ Prozent.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 25. Oktober 1881.

Preußische Fonds- und Geld-Course.

Preuß. Consl. Anl.	4½	105,00 bzB
do. neue 1876	4	100,50 bz
Staats-Anleihe	4	100,60 G
Staats-Schuldsch.	3½	99,00 bz
Od.-Deichb.-Obl.	4½	
Berl. Stadt-Obl.	4½	102,10 bz
do. do.	3½	95,00 G
Schldv. d. B. Kfm.	4½	
Pfandbriefe:		
Berliner	5	108,00 bz
do.	4½	103,10 G
Landsch. Central	4	100,50 bz
Kur- u. Neumärk.	3½	95,50 bz
do neue	3½	91,00 B
do.	4	101,00 B
do. neue	4½	
N. Brandbg. Kred.	4	
Ostpreußische	3½	90,60 G
do.	4	100,10 bz
do.	4½	
Westpr. rittersch.	3½	90,50 bz
do.	4	100,25 bz
do. I. B.	4	100,20 bzB
do. II. Serie	4½	103,10 B
Neuldsch. II. Serie	4	99,70 G
do. do.	4½	103,00 bz
Posensche, neue	4	99,75 G
Sächsische	4	
Pommersche	3½	90,25 bz
do.	4	100,25 bz
do.	4½	101,70 B
Schlesische altl.	3½	
do. alte A.	4	
do. neue I.	4	
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	100,40 bzB
Pommersche	4	99,80 bz
Posensche	4	99,80 bz
Preußische	4	99,80 bz
Rhein- u. Westfäl.	4	99,80 bz
Sächsische	4	100,00 G
Schlesische	4	100,30 bz
20-Frankstück		16,18 G
do. 500 Gr.		
Dollars		4,24 G
Imperials		
do. 500 Gr.		
Engl. Banknoten		20,41 bz
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		80,70 bz
Oesterr. Banknot.		172,00 bz
do. Silbergulden		
Russ. Noten 100 Rbl		216,70 bz

Deutsche Fonds.

Dtsch. Reichs-Anl.	4	101,00 G
P.-A. v. 55 a 100 Th.	3½	145,80 bz
Hess. Prsch. a 40 Th.	—	311,75 B
Bad. Pr.-A. v. 67.	4	134,40 B
do. 35 fl. Oblig.	—	212,00 bz
Bair. Präm.-Anl.	4	135,90 B
Braunsch. 20 thl.-L.	—	102,50 G
Brem. Anl. v. 1874	4	
Cöln-Md-Pr.-Anl.	3½	130,20 bz
Dess. St.-Pr.-Anl.	3½	126,50 bzB
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	121,00 bzG
do. II Abth.	5	118,25 bz
Hamb. 50-Thlr.-L.	3	192,10 bz
Lübecker Pr.-Anl.	3½	180,25 bz
Mecklb. Eisenbhanl.	3½	94,60 bz
Meininger Loose	—	27,60 bzB
do. Pr.-Pfdbr.	4	120,50 bz
Oldenburger Loose	3	153,00 bz
D.-G.-C.-B-Pf 110	5	108,20 bzG
do. do.	4½	104,00 G
Dtsch. Hypoth. unk.	5	104,00 B
do. do.	4½	102,30 bz
Mein. Hyp.-Pf.	4½	102,00 G
Nrdd. Grdkr.-H.-A.	5	100,00 B
Pomm Hyp.-Pfdbr.	5	
Pomm. H.-B. I. 120	5	107,10 bz
do. II. IV. 110	5	104,10 bz
Pomm. III. rkz. 100	5	100,10 B
Pr. C.-B.-H.-Br. rz.		
do. do. 110	5	110,25 G
do. do. 115	4½	106,75 bz
Pr. C.-B.-Pfdbr. 100	5	106,25 bz
do. do. rückz. 100	4½	102,25 bz
do (1872 u. 74)	4	99,00 bz
do. (1872 u. 73)	5	
do. (1874)	5	
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	106,50 bz
do. II. rkz. 100	5	100,00 G
Schles. Bod.-Kred.	5	103,50 G
do. do.	4½	105,50 G
Stettiner Nat.-Hyp.	5	100,25 bz
do. do.	4½	103,25 bz
Kruppsche Obligat.	5	109,60 G

Ausländische Fonds.

Amerik. gek. 1881	6	
do. do. 1885	6	
do. Bds. (fund.)	5	
Norweger Anleihe	4½	
Newyork. Std.-Anl.	6	124,50 bz
Oesterr. Goldrente	4	80,10 bz
do. Pap.-Rente	4½	64,75 bz
do. Silber-Rente	4½	65,90 bzB
do. 250 fl. 1854	4	
do. Cr. 100 fl. 1858	—	343,00 G
do. Lott.-A. v. 1860	5	121,10 bz
do. do. v. 1864	—	326,00 bz
Ungar. Goldrente	6	102,20 bz
do. St.-Eisb.-Akt.	5	94,60 bz
do. Loose	—	233,50 bzB
Italienische Rente	5	87,25 bz
do. Tab.-Oblg.	6	
Rumänier	8	
Finnische Loose	—	50,60 bzG
Russ. Centr.-Bod.	5	76,25 bzB
do. Boden-Credit	5	85,80 bz
do Engl. A. 1822	5	88,25 bz
do. do. A. v. 1862	5	88,40 bz
Russ. fund. A. 1870	5	
Russ. cons. A. 1871	5	89,10 B
do. do. 1872	5	89,50 B
do. do. 1873	5	
do. do 1877	5	91,70 bz
do. do. 1880	4	73,10 bz
do. Pr.-A. v. 1864	5	148,40 bz
do. do. v. 1866	5	144,70 bz
do. 5. A. Stiegl.	5	
do. 6. do. do.	5	86,20 bz
do. Pol. Sch.-Obl.	4	84,20 bz
do. do. kleine	4	
Poln. Pfandbr.	5	65,10 B
do. do.	5	
do. Liquidat.	4	56,40 bz
Türk. Anl. v. 1865	—	14,60 bz
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	

***) Wechsel-Course.**

Amsterd. 100 fl. 8 T.	168,30 bz
do. 100 fl. 2 M.	167,20 bz
London 1 Lstr. 8 T.	20,41 bz
do. do. 2 M.	20,20 bz
Paris 100 Fr. 8 T.	80,60 bz
Blg. Bkpl. 100 F. 8 T.	
do. do. 100 F. 2 M.	
Wien öst. Währ. 8 T.	171,90 bz
Wien. öst. Währ. 2 M.	171,10 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	215,25 bz
do. 100 R. 3 M.	213,00 bz
Warschau 100 R 8 T.	216,30 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 5½, für Lombard 6½ pCt., Bankdiskonto in Amsterdam 4, Bremen —, Brüssel 4, Frankfurt a. M. 4½, Hamburg —, Leipzig —, London 5, Paris 5, Petersburg 6, Wien 4 pCt.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	115,00 G
Bk. f. Rheinl. u. Westf	4	39,90 bz
Bk. f. Sprit- u. Pr.-H.	4	60,50 bzG
Berl. Handels-Ges.	4	119,50 bzG
do. Kassen-Verein.	4	199,00 G
Breslauer Disk.-Bk.	4	100,10 bzG
Centralbk. f. B.	4	
Centralbk. f. J. u. H.		
Coburger Credit-B.	4	90,00 bzG
Cöln. Wechslerbank	4	95,50 bz
Danziger Privatb.	4	110,00 G
Darmstädter Bank	4	164,75 bz
do. Zettelbank	4	110,10 bz
Dessauer Creditb.	4	96,25 G
do. Landesbank	4	120,50 G
Deutsche Bank	4	166,90 bz
do. Genossensch.	4	132,50 B
do. Hyp.-Bank.	4	92,50 bz
do. Reichsbank.	4½	150,25 bzG
Disconto-Comm.	4	218,60 bz
Geraer Bank	4	94,10 bz
do. Handelsb.	4	93,25 G
Gothaer Privatbk.	4	117,00 G
do. Grundkredb.	4	95,00 bzB
Hypothek (Hübner)	4	
Königsb. Vereinsb.	4	97,50 G
Leipziger Creditb.	4	154,00 bz
do. Discontob.	4	115,20 bzB
Magdeb. Privatb.	4	117,00 bz
Mecklb. Bodencred.	4	62,00 G
do. Hypoth.-B.	fr.	95,75 B
Meining. Creditbk.	4	100,60 bzG
do. Hypothekenbk.	4	94,20 bz
Niederlausitzer Bank	4	97,50 bz
Norddeutsche Bank	4	182,00 G
Nordd. Grundkredit	4	49,00 bz
Oesterr. Kredit	4	
Petersb. Intern. Bk.	4	103,00 B
Posen. Landwirthsch	4	76,00 G
Posener Prov.-Bank	4	124,10 bzG
Posener Spritaktien	4	52,00 bzG
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Bodenkredit	4	108,90 bzG
do. Centralbdn.	4	123,10 G
do. Hyp.-Spielh.	4	97,00 bzG
Produkt.-Handelsbk	4	74,50 bz
Sächsische Bank	4	125,25 bzG
Schaaffhaus. Bankv.	4	91,50 bzG
Schles. Bankverein	4	112,40 bz
Südd. Bodenkredit	4	142,00 G

Industrie-Aktien.

Brauerei Patzenhof.	4	192,50 G
Dannenb. Kattun.	4	
Deutsche Bauges.	4	60,00 B
Dtsch. Eisenb.-Bau	4	0,10 B
Dtsch. Stahl- u. Eis.	4	
Donnersmarckhütte	4	58,10 bz
Dortmunder Union	4	15,60 bz
Egells Masch.-Akt.	4	27,00 bzB
Erdmannsd. Spinn.	4	32,00 bzG
Floraf. Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm. Näh.	4	74,25 bz
Gelsenkirch.-Bergw.	4	130,00 bzB
Georg-Marienhütte	4	92,00 B
Hibernia u. Shamr.	4	94,00 bz
Immobilien (Berl.)	4	83,50 bzG
Kramsta, Leinen-F.	4	98,50 G
Lauchhammer	4	27,00 B
Laurahütte	4	119,50 bz
Luise Tiefb.-Bergw.	4	50,00 bz
Magdeburg. Bergw.	4	
Marienhüt. Bergw.	4	56,50 bzG
Menden u. Schw. B.	4	70,50 bzG
Oberschl. Eis.-Bed.	4	42,00 bzB
Ostend	4	
Phönix B.-A. Lit. A	4	81,40 bzB
Phönix B.-A. Lit. B.	4	
Redenhütte conf.	4	106,00 G
Rhein.-Nass. Bergw.	4	73,00 B
Rhein.-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	24,25 bz
Unter den Linden	4	9,00 bzG
Wöhlert Maschinen	4	20,00 bz

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	45,75 bzB
Altona-Kiel	4	185,50 bzB
Bergisch-Märkische	4	121,60 bz
Berlin-Anhalt	4	133,75 bzG
Berlin-Dresden	4	17,75 bz
Berlin-Görlitz	4	31,00 bz
Berlin-Hamburg	4	286,00 bzG
Bresl.-Schw.-Frbg	4	98,40 bz
Hall.-Sorau-Guben	4	19,25 bz
Märkisch-Posener	4	32,60 bzG
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Lit. B.	4	
Nordhausen-Erfurt	4	27,00 bz
Oberschl. Lit. A u. C.	3½	240,50 bzB
do. Lit. B.	3½	188,00 bz
Ostpreuß. Südbahn	4	62,25 bzG
Rechte Oderuferb.	4	161,50 bz
Rhein-Nahebahn	4	16,00 G
Stargard-Posen	4½	102,80 bz
Thüringische	4	209,75 bz
do. Lit. B. v. St. gar.	4	100,25 bzB
do. Lit. C. v. St gar.	4½	110,10 bz
Ludwigsh.-Berbach	4	205,25 G
Mainz-Ludwigsh.	4	96,50 bz
Weimar-Geraer	4½	51,40 bz
Albrechtsbahn	5	37,50 bz
Amsterd.-Rotterd.	4	139,90 bz
Aussig-Teplitz	4	235,00 bzG
Böhm. Westbahn	5	127,75 bz
Brest-Grajewo	5	
Dux-Bodenbach	4	140,00 bzG
Elisabeth-Westbahn	5	92,25 bz
Kais. Franz Joseph	5	83,00 B
Gal. (Karl Ludwig.)	5	132,40 bz
Gotthard-Bahn 90%	6	73,25 B
Kaschau-Oderberg	4	62,25 bzG
Lüttich-Limburg	4	12,75 bz
Oestr.-frz. Staatsb.	4	
do. Nordw.-B.	5	375,00 bz
do. Litt. B. Elb.	4	
Reichenb.-Pardubitz	4½	70,00 bzB
Kronpr. Rud.-Bahn	5	70,60 bzG
Rjask-Wyas	5	
Rumänier	3½	62,10 G
do. Certifikate	4	
Russ. Staatsbahn	5	134,50 G
do. Südwestbahn	5	63,00 bz
Schweizer Unionb.	4	45,75 bz
Schweizer Westbahn	4	29,25 bzG
Südösterr. (Lomb.)	4	
Turnau-Prag	4	122,50 bzG
Warschau-Wien	4	247,50 bz

Eisenbahn-Stammprioritäten.

Berlin-Dresden	5	47,50 bzG
Berlin-Görlitzer	5	96,30 bzG
Halle-Sorau-Gub.	5	88,00 bzG
Märkisch-Posen	5	114,25 bzG
Marienb.-Mlawka	5	103,75 bzG
Münster-Enschede	5	22,00 bzG
Nordhausen-Erfurt	5	96,40 bzG
Oberlausitzer	5	45,00 bzB
Oels-Gnesen	5	47,00 bzG
Ostpreuß. Südbahn	5	95,00 bz
Posen-Creuzburg	5	67,80 bzG
Rechte Oderuf. Bahn	5	159,25 bzG
Rumänische	5	
Saalbahn	5	66,75 bz
Saal-Unstrutbahn	3	
Tilsit-Insterburg	5	78,50 bz
Weimar-Geraer	5	

Staatsbahn-Aktien.

Brl.-Potsd.-Magd.	4	
Berlin-Stettin	4½	116,50 B
Cöln-Minden	6	
Magd.-Halberstadt	3½	
Mgd.-Halbst. B. abg.	3½	
do. B. unabg.	3½	88,50 bzG
do. C. do. abg.	5	124,75 bzG
Münster-Hamm	4	
Niederschl.-Märk.	4	100,25 bz
Rhein. St. A. abg.	6½	161,60 bz
do. neue 4proc.	5	158,90 bzB
do. Lit. B. gar.	4	99,80 bzG

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	4½	99,50 G
do. do. II.	5	99,60 G
do. do. III.	5	99,60 G
Berg.-Märkische I.	4½	
do. II.	4½	
do. III. v. St. g.	3½	92,60 G
do. do. Litt. B.	3½	92,60 G
do. do. Litt. C.	3½	92,00 bzG
do. IV.	4½	102,90 G
do. V.	4½	102,90 G
do VI.	4½	104,00 B
do. VII.	4½	101,90 bzG
Aachen-Düsseldf. I.	4	
do. do. II.	4	
do. do. III.	4½	101,50 bzG
do. Düss.-Elb.-Pr	4	
do. do. II	4½	
do. Dortm.-Soest	4	
do. do. II.	4½	101,90 B
do. Nordb. Fr. W.	4½	102,75 bz
do. Ruhr.-K.-G. I.	4½	
do. do. II	4½	
do. do. III	4½	
Berlin-Anhalt A.	4½	
do. B.	4½	
do. Litt. C.	4½	103,00 bz
Berlin-Görlitz	4½	
do. do. Litt. B.	4½	101,50 B
Berlin-Hamburg I.	4	100,50 bz
do. do. II.	4	100,50 bz
do. do. III.	4½	
Brl.-Ptsd.-M. A. B.	4	100,00 B
do. do. C.	4	100,00 G
do. do. D.	4½	103,25 bz
do. do. E.	4½	101,80 bz
Berlin-Stettin I.	4½	
do. do. II.	4	100,00 G
do. do. III.	4	100,00 G
do. IV. v. St. g.	4	100,00 G
do. VI. do.	4	
do. VII.	4½	
Bresl.-Schw.-Freib.	4½	
do. do. Litt. G.	4½	102,20 G
do. do. Litt. H.	4½	102,20 G
do. do. Litt. I.	4½	102,20 G
do. do. 1876	5	106,00 G
Cöln-Minden IV.	4	
do. do. V.	4	
do. do. VI.	4½	103,50 bzG
Halle-Sorau-Guben	4½	103,00 B
do. do. C.	4½	103,00 B
Hannov.-Altenbk. I.	4½	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Märkisch-Posener	4½	
Mainz-Ludwigsh.	4½	103,40 G
do. do.	5	105,00 bzB
Magd.-Halberstadt	4½	
do. do. de 1861	4½	102,00 bz
do. do. de 1873	4½	102,00 bz
do. Leipz. A.	4½	104,40 bz
do. do. B.	4	99,75 bz
do. Wittenberge	4½	
do. do.	3	83,50 G
Niederschl.-Märk. I.	4	
do. II. a 62½ thlr.	4	
do. Obl. I. u. II.	4	99,75 bz
do. do. III conv.	4	99,75 G
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	
do. C.	4	100,00 bzG
do. D.	4	100,00 bzG
do. E.	3½	94,50 B
do. F.	4½	
do. G.	4½	102,70 bzB
do. H.	4½	103,00 bzB
Oberschles. v. 1869	4½	
do. v. 1873	4	
do. v. 1874	4½	104,00 G
Brieg-Neisse	4½	
do. Cos.-Oderb.	4	
do. do.	5	
do. Nied.-Zwgb.	3½	90,50 G
do. Starg.-Pos.	4	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Ostpreuß. Südbahn	4½	102,20 G
do. Litt. B.	4½	102,20 G
do. Litt. C.	4½	102,20 G
Rechte-Oder-Ufer	4½	
Rheinische	4	
do. v. St. gar.	3½	
do. v. 1858, 60	4½	102,00 G
do. v. 1862, 64	4½	102,00 G
do. v. 1865	4½	102,00 G
do. 1869, 71, 73	4½	102,00 G
do. v. 1874, 77	4½	
Rh.-Nahe v. St. g.	4½	102,90 bz
do. II. do.	4½	102,90 bz
Schleswiger	4½	101,50 G
Thüringer I.	4	100,00 G
do. II.	4½	102,10 G
do. III.	4	100,00 G
do. IV.	4½	102,10 G
do. V.	4½	102,10 G
do. VI.	4½	102,10 G

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	86,20 bz
Gal. Karl-Ludwig I.	5	
do. do. II.	5	
do. do. III.	5	
do. do. IV.	5	
Lemberg-Czernow. I	5	79,50 bz
do. II.	5	83,20 bz
do. III.	5	80,00 bzG
do. IV.	5	79,60 bzG
Mähr.-Schl. C.-B.	fr.	46,25 bzG
Oesterr.-Frz.-Stsb.	3	370,25 bz
do. Ergänzsb.	3	356,50 G
Oesterr.-Frz.-Stsb.	5	104,80 bz
do. II. Em.	5	104,80 bz
Oesterr. Nordwest.	5	87,80 bz
Oest. Nrdwstb. Lit. B	5	85,50 bzG
do. Geld-Priorit.	5	
Kaschau-Oderb. gar.	5	80,70 bzG
Kronpr. Rud.-Bahn	5	83,60 bz
do. do. 1869	5	82,75 bzG
do. do. 1872	5	82,75 bzG
Raab-Graz Pr.-A.	4	93,00 bz
Reichenb.-Pardubitz	5	
Südösterr. (Lomb.)	3	278,50 G
do. do. neue	3	278,50 G
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	
do. do. 1878	6	
do. do. Oblig.	5	98,75 bzG
Brest-Grajewo	5	92,80 bz
Charkow-Asow g.	5	96,70 bz
do. in Lstr. a 20	5	92,20 B
Chark.-Krementsch.	5	94,60 bz
Jelez-Orel, gar.	5	96,00 G
Koslow-Woron. gar	5	99,70 bz
Koslow-Woron. Ob.	5	86,70 bz
Kursk-Chark. gar.	5	96,00 G
K.-Chark-As. (Obl.)	5	87,30 bz
Kursk-Kiew, gar.	5	99,80 bz
Losowo-Sewast.	5	83,50 bzG
Mosko-Rjäsan, g.	5	103,00 B
Mosk.-Smolensk, g.	5	96,90 bz
Schuja-Iwanow.	5	96,25 G
Warsch.-Teresp., g.	5	97,75 B
do. kleine, g.	5	98,00 G
Warschau-Wien II.	5	102,75 G
do. III.	5	102,75 B
do. IV.	5	102,80 G
Zarskoe-Selo	5	72,90 bz

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. (E. Röstel) in Posen.